



FAZ

4. August 2023
Jan Hauser

P.pdf 9934

„Recyclingprodukte sind viel günstiger“

Über Kostenvorteile für den Wohnungsbau und Ärger mit der Politik

Seit diesem Monat gilt die neue Ersatzbaustoffverordnung, die auch für Sie als großen Recyclingbetrieb gilt. Was gefällt Ihnen daran nicht?

Leider regelt die Ersatzbaustoffverordnung ausschließlich die Verwendung von Recyclingbaustoffen im Straßenbau. Wenn eine Straße neu gebaut oder saniert wird, lassen sich alte Baustoffe als ungebundene Tragschicht wiederverwenden. Aber die Verordnung regelt nicht hochwertige Einsatzmöglichkeiten von Recyclingbaustoffen im Transportbeton, in der Asphaltindustrie und mineralischen Bauprodukten. So können große Betonfertigteile auch mit altem Material hergestellt werden. Das Potential ist hoch, aber die Politik verschenkt es.

Das Bundesumweltministerium spricht davon, dass die Regelung hohe Umweltschutzstandards mit sich bringt und Ersatzbaustoffe für Bauvorhaben attraktiver macht. Stimmt das?

Nein. Die Politik hat die Regeln jetzt bundeseinheitlich erneuert, aber die Verordnung macht Ersatzbaustoffe nicht attraktiver. Im Gegenteil! Ein wichtiger Punkt, über den wir seit Jahren mit Ministerien und Behörden sprechen: Wir müssen den wiederverwendbaren Baustoff immer noch als Abfall bezeichnen. Kunden haben dadurch Vorbehalte. Zumindest sollten Qualitätsbaustoffe kein Abfall mehr darstellen. Wenn der Baustoff die Recyclinganlage verlässt, muss es ein Produkt sein.

Was ist da schiefgelaufen?

Viel ist missraten, weil wir schon zehn Jahre über die Verordnung sprechen. Doch die Politik und vor allem das Umweltministerium konnte sich nicht dazu durchringen, Recycling als Produkt zu spezifizieren. In anderen Ländern wie in den Niederlanden ist das kein Problem.

Das Bundesumweltministerium will für qualitativ hochwertige Ersatzbaustoffe auch einen Produktstatus: Aufgrund europarechtlicher Vorgaben sei dazu jedoch eine gesonderte Verordnung nötig.

In anderen Ländern hat die Politik das schon geschafft. Jetzt will das bayerische Umweltministerium dafür sorgen, dass

im eigenen Bundesland Baustoffe als Produkt zu verkaufen sind – und nicht mehr als Abfall. Warum kann die Bundesregierung das nicht? Eine separate Verordnung ist bis zur nächsten Bundestagswahl wohl kaum realistisch.

In Deutschland gibt es im Jahr 250 Millionen Tonnen mineralische Abfälle: Bauschutt, ausgehobene Erde, Schlacken aus der Metallerzeugung und mehr – zusammen macht das 60 Prozent des Abfallaufkommens hierzulande aus. Wie bereiten Sie das als Remex wieder auf?

Wenn wir über Bauabfälle sprechen, kommen diese aus dem Straßenbau oder aus dem Hochbau. Wird ein Haus abgerissen, werden nicht mineralische Bestandteile wie Fenster und Türen vorher entfernt. Der Abrissbagger bricht die einzelnen Teile herunter, Lastwagen fahren dies in die Recyclinganlage. Dort verkleinert ein Brecher die großen Stücke, ein Windsichter entfernt nicht mineralische Abfälle und Metall-Separatoren eben Metall.

Wie viel lässt sich dann davon für das nächste Haus wiederverwenden?

Eigentlich 100 Prozent. Für die hochwertigste Verwertung könnten in einem Transportbetonwerk oder einem Fertigteilwerk die Baustoffe maßgeblich durch wiederverwendbare Baustoffe ersetzt und damit für den Wohnungsbau genutzt werden. Unterstützend hierfür wäre die Einführung einer Mindesteinsatzquote von Recyclingmaterialien in den Bauprodukten. Gerade dies ist aus meiner Sicht ein maßgeblicher Baustein zur Unterstützung der Kreislaufwirtschaft (circular economy) im Bauwesen.

Wie sehr hilft das der Klimabilanz?

Allein durch unser Unternehmen und dessen hergestellte Recyclingbaustoffe werden schon heute 660.000 Tonnen an Kohlendioxid (CO₂) eingespart. Ein Vorteil ist, dass Recyclinganlagen vor Ort sind. Ein Steinbruch liegt hingegen nicht in der Großstadt. Sie müssen dann hunderte Kilometer und mehr fahren, um das Material zur Baustelle zu bringen. Das sorgt für mehr Treibhausgasemissionen.

Die Baupreise sind zuletzt gestiegen. Macht das den Einsatz von Recyclingmaterial attraktiver?

Das stimmt schon, aber die Hindernisse sind immer noch erheblich. Die neue Ersatzbaustoffverordnung ist derart kompliziert, dass wir extra ein Handbuch erstellt haben, das die Regeln den Architekten, Ingenieuren und Bauunternehmen erklärt. Das Buch haben wir mittlerweile 5000-mal verkauft, und die Nachfrage ist weiterhin so hoch. Unseren Kunden bieten wir Onlineschulungen an, nur um zu erklären, wann sie welches Material einsetzen. Das zeigt, wie schwer es für die Anwender ist.

Woran liegt das?

Der Grund ist, dass die Politik zwischen Wasserschutz und nachhaltigem Bauen abwägt. Für Ersatzbaustoffe hätten wir uns gewünscht, dass mancher Grenzwert zugunsten eines nachhaltigen Bauens interpretiert worden wäre und nicht so rigoros, wie jetzt festgelegt wird.

Wird Bauen dadurch teurer?

Das ist so. Recyclingprodukte sind 50 bis 70 Prozent günstiger als primäre Baustoffe. Durch den Einsatz von wiederverwendetem Material sinken die Kosten im Straßenbau um 15 Prozent und im Wohnungsbau um 10 Prozent.

Dann müsste das jeder Bauherr nutzen wollen, oder?

Das stimmt. Wer Geld sparen will, muss das nutzen. Die Nachfrage steigt auch leicht. Aber der Einsatz von Recyclingbaustoffen zum Beispiel in Bauprodukten und Beton ist noch nicht geregelt oder nur unzureichend. Eigentlich wäre das Potential viel höher. Auch die öffentliche Hand müsste Vorbild sein. Aber in deren Ausschreibungen wird bis heute zum Teil Recyclingmaterial nicht berücksichtigt.

Wie geht es einfacher?

Die Ersatzbaustoffverordnung muss grundsätzlich vereinfacht und die Pflichten der Verwender begrenzt werden. Wünschenswert wäre, dass sie mit der Verwendung anderer Recyclingmaterialien gleichgestellt wird, vergleichbar mit der Papier- oder Kunststoffindustrie.

Das Gespräch führte **Jan Hauser**.